

**Bayr: Keine Transparenz bei Tsunami-Hilfe der Regierung****Utl.: Bund hat 34 Mio. versprochen - Nur 8,1 Mio. im Bericht des BKA nachvollziehbar =**

Wien (SK) Ein Antrag der entwicklungspolitischen Sprecherin der SPÖ, Petra Bayr, zur Frage Nachvollziehbarkeit der Vergabe von Tsunami-Hilfsgeldern wurde im gestrigen außenpolitischen Ausschuss des Parlaments vertagt "und damit einem Begräbnis zweiter Klasse zugeführt", ist die antragstellende Abgeordnete erbost. "Das, was auf der Homepage des Bundeskanzleramts als 192-seitiger Bericht über die Tsunami-Hilfe veröffentlicht ist, trägt nicht zur Transparenz über die Vergabe der öffentlichen Mittel bei. Hilfeleistungen durch private Spendengelder und öffentliche Mittel werden vermischt, die Angaben der Ministerien sind mehr als ungenau und zum Teil decken sich die Zahlen im Bericht nicht mit denen, die die selben Ministerien in Antworten auf parlamentarischen Anfragen angegeben haben!", ist Bayr über die Schlampigkeit des Berichts empört. \*\*\*\*

50 Millionen Euro wurden von der Bundesregierung als Wiederaufbauhilfe versprochen, davon wollte der Bund 34 Millionen bedecken, der Rest kommt von Ländern und Gemeinden. "Die Spendenbereitschaft der ÖsterreicherInnen war nach der Tsunami-Katastrophe überwältigend. Selbstverständlich ist jede private Hilfsorganisation ihren SpenderInnen Rechenschaft pflichtig, was die NGOs auch vorbildlich erfüllen. Doch was für private SpenderInnen gilt, muss erst recht für die SteuerzahlerInnen gelten", fordert die entwicklungspolitische Sprecherin, die den Verdacht hegt, dass mit dem schlampigen Umgehen im Bericht möglicherweise verschleiert werden soll, dass einmal mehr viel versprochen und wenig gehalten wird: "Denn im Bericht, der auf der Homepage veröffentlicht ist, lassen sich gerade einmal 8,1 Millionen Euro der zugesagten 34 Millionen aus Bundesmitteln auch nachvollziehen!"

Als vorbildlich bezeichnet Bayr den Umgang der Stadt Wien mit den zugesagten Mitteln. In der letzten Wiener Gemeinderatssitzung wurden bereits alle Hilfsgelder für die Jahre 2005 bis 2007 beschlossen und sind somit öffentlich nachvollziehbar. "Für Projekte, die in dem von der Tsunami-Katastrophe betroffenen Gebiet arbeiten, ist gerade die Planbarkeit für die nächsten Jahre sehr wichtig - auch davon kann man im Bericht des Bundeskanzlers nur träumen!", kritisiert die Abgeordnete und merkt zuletzt an: "Eine besonders schiefe Optik bekommt die bisherige Abwicklung der Tsunami-Hilfe durch die Tatsache, dass Ex-Minister Strasser sowohl deren Koordinator als auch Vorsitzender des niederösterreichischen Hilfswerks ist. Das Hilfswerk kommt im Bericht immerhin 38 mal vor." (Schluss)  
wf/mm

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ Tel.: (+43-1) 53427-275 <http://www.spoe.at>  
\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*